



Der Mindestlohn ist auf dem Weg

Erste Erfolge nach 100 Tagen SPD in der Bundesregierung :: von *Katarina Barley*

Versprochen und gehalten! Die SPD setzt in der Großen Koalition den Mindestlohn durch. Trotz vielfältiger Angriffe auf das Projekt von verschiedenen Seiten setzt Arbeitsministerin Andrea Nahles die im Koalitionsvertrag getroffene Vereinbarung durch.

Die Schonfrist von 100 Tagen für die Große Koalition ist abgelaufen. Die SPD hat bei einer ihrer zentralen Forderungen bereits abgeliefert: Der Mindestlohn kommt 2015. Für den Mindestlohn haben wir jahrzehntelang gekämpft. Das ist ein Zeitenwechsel in der deutschen Politik.

Ab dem 1. Januar 2015 haben in Deutschland beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer grundsätzlich den Anspruch auf ein Arbeitsentgelt von mindestens 8,50 Euro pro Stunde. In der Übergangszeit vom 1. Januar 2015 bis zum 31. Dezember 2016 bleiben allerdings tarifvertragliche Abweichungen auf der Grundlage des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes erlaubt. Diese Regelung geht auf einen Vorschlag der Gewerkschaften zurück und hat bereits jetzt den erwünschten Erfolg: eine steigende Tarifbindung vor allem im Osten Deutschlands.

Ab dem 1. Januar 2017 gilt der allgemeine gesetzliche Mindestlohn ohne jede Einschränkung. Die Höhe des Mindestlohns wird ab 2018 in regelmäßigen Abständen von einer Kommission der Tarifpartner überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Viel wurde in den Medien über

mögliche Ausnahmen vom Mindestlohn berichtet. Dabei wurde auch viel durcheinander gebracht. Zur Klarstellung: Den Mindestlohn erhalten nur Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ehrenamtliche Tätigkeiten sind deshalb vom Mindestlohn nicht erfasst. Genauso wenig wie Praktikanten, die vor der Ausbildung ein



Andrea Nahles setzt in der GroKo den Mindestlohn als zentrale Forderungen der SPD um Foto: Deutscher Bundestag / Achim Melde

kurzes Orientierungspraktikum oder ein Pflichtpraktikum in Schule, Ausbildung oder Studium machen.

Auch Ausbildungsverhältnisse fal-

len nicht in den Geltungsbereich. Der Mindestlohn darf gleichzeitig aber keine Fehlanreize setzen und junge Menschen dazu verleiten für einen lukrativen Job auf eine solide Ausbildung zu verzichten. Eine ordentliche Ausbildung ist wichtiger als das schnelle Geld aus einem Aushilfsjob! Deshalb sollen auch Jugendliche unter 18 Jahren, die über noch keine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen, für Aushilfsjobs oder ähnliches keinen Mindestlohn erhalten.

Sozialverbände warnen zudem davor, dass der Mindestlohn die Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt erschweren würde. Langzeitarbeitslose, die mit Eingliederungszuschüssen zurück in den ersten Arbeitsmarkt gebracht werden sollen, erhalten den Mindestlohn deshalb erst nach sechs Monaten.

Andrea Nahles hat sich durchgesetzt und unseren Mindestlohn aus der Koalitionsvereinbarung bereits nach 100 Tagen auf den Weg gebracht. Dieser Mindestlohn ist ein historischer Schritt für die Stärkung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Darauf können wir aufbauen!

Ruhe bewahren für den Frieden in Europa!

Mein Kommentar zum Ukraine-Konflikt

:: von Katarina Barley

Der Konflikt zwischen der Ukraine und Russland zeigt, dass der Frieden in Europa keine Selbstverständlichkeit ist. Bei den politischen Entscheidungsträgern in der Ukraine, Russland und der Europäischen Union ist jetzt Besonnenheit gefragt, um den Konflikt friedlich zu beenden.

Die aktuelle Situation ist nicht zuletzt deshalb so kritisch, da sie uns vor Augen führt, dass Denkmuster des 20. Jahrhunderts, die Europa in zwei Weltkriege geführt haben, scheinbar wieder in Mode sind. Russland setzt auf das Recht des Stärkeren. Die Annexion der Krim ist völkerrechtswidrig und wird von der EU und auch der Bundesregierung nicht anerkannt. Dennoch brauchen wir jetzt besonnene Politiker wie Frank-Walter Steinmeier auf allen

Seiten. Die Lehre aus der Geschichte Europas muss heißen: Dieser Konflikt darf keinesfalls eskalieren!

Russland, die Ukraine und die Europäische Union müssen an einen Tisch. Russland muss die territoriale Integrität aller Staaten – auch jener Gebiete mit russischer Bevölkerungsmehrheit – anerkennen und garantieren.

Gleichzeitig ist die Ukraine gefordert, Rechte der nationalen Minderheiten zu achten und zu schützen.

Die militanten Gruppen müssen entwaffnet, die Arbeit an einer neuen Verfassung vorangetrieben und die Verbrechen auf dem Maidan lückenlos aufgeklärt werden.

Um meinen Beitrag zu leisten, habe ich mich dazu bereit erklärt, als Wahlbeobachterin die Parlamentswahlen in der Ukraine im Mai zu beobachten. Ob ich zur Beobachtermission gehöre, wird sich in den kommenden Wochen entscheiden. Ich werde berichten.

Mit dem Bundestag in die USA

Katharina Schroeder berichtet vom 30. Parlamentarischen Patenschaftsprogramm

Katharina Schroeder aus Trier ist Teilnehmerin am 30. Parlamentarischen Patenschaftsprogramm des Deutschen Bundestages und des US-Kongresses (PPP). Als junge Berufstätige hat sich die 24-Jährige für das Programm beworben und lebt seit August 2013 für ein Jahr bei einer Gastfamilie in Gainesville, Florida.

Die Besonderheit beim PPP ist, dass jede/r der 75 Teilnehmer/innen im aktuellen Programmzeitraum durch Bundestagsabgeordnete in einem Bewerbungsverfahren ausgewählt wurde. Die Politiker/innen haben die Patenschaft für das Auslandsjahr übernommen. Da ich, wie man bei uns in Trier sagt, ein echtes Trierer Mädchen bin und somit aus dem Wahlkreis 204 komme, ist meine Patenabgeordnete seit September 2013 Katarina Barley. Sie hat die Patenschaft von Manfred Nink übernommen, der mich für das Programm ausgewählt hatte.

Ich hatte schon die Möglichkeit, mich mit Katarina vor meinem Abflug zu treffen, sodass wir bereits seit meiner Ankunft in den USA in Kontakt sind. Es ist schön, persönlichen Kon-

takt zu seiner Patin zu haben und die Erlebnisse zu teilen.

Das Programmjahr ist sehr interessant gestaltet und ich hatte als junge Botschafterin bereits viel zu tun. Bis



Katharina Schroeder

Dezember 2013 studierte ich am Santa Fe College in Gainesville International Business Management und absolvierte in meiner Freizeit einen 40-stündigen Community-Service. Ich hatte zusam-

men mit vier anderen PPP-Teilnehmer/innen die tolle Möglichkeit im Januar und Februar ein sechswöchiges Praktikum im US-Kongress in Washington D.C. zu absolvieren.

Die restliche Programm-Zeit arbeite ich in einem amerikanischen Betrieb, um das Gesamtpaket zwischen kulturellen, politischen, aber auch arbeitstechnischen Unterschieden kennenzulernen.

Ich bin mir sicher, das wird das Highlight meines Auslandsjahres und ich freue mich schon riesig darauf. Im Juli haben wir dann drei Wochen Zeit, um das Land auf eigene Faust zu erkunden und zu reisen. Natürlich schmiede ich bereits jetzt mit den anderen PPPlern fleißig Pläne, denn eine Tatsache steht fest: Time flies when you are having fun.

Politik hautnah

Praktikantin Sophia Bucher über ihre Zeit im Deutschen Bundestag

Sophia Bucher war vom 20. bis 31. Januar 2014 die erste Praktikantin im Bundestagsbüro von Katarina Barley. Was die Schülerin in den zwei Wochen erlebt hat, beschreibt sie für den *berliner einblick*.

Während der ersten Woche meines Praktikums war keine Sitzungswoche im Bundestag. Ich konnte am Praktikanten-Programm der SPD-Bundestagsfraktion teilnehmen. Gleich an meinem ersten Praktikumsstag sprang ich ins kalte Wasser. Denn es stand eine Diskussion zum Thema „Staat und Finanzen“ im Bundesfinanzministerium im Terminkalender. Später besuchten wir zum gleichen Thema den Bund der Steuerzahler. Ein ziemlicher Kontrast und eine gute Einstimmung auf ein spannendes Praktikum! Auf dem weiteren Programm für die Woche standen unter anderem Besuche des Bundesrates und der SPD-Parteizentrale.

In der zweiten Woche meines Praktikums waren die Abgeordneten in Berlin. Es war Sitzungswoche. Ich begleitete Katarina Barley zu vielen Terminen innerhalb und außerhalb des Parlaments. Dabei traf ich auf Lobbyisten, Wissenschaftler und wichtige Entscheidungsträger. Ich begegnete zum Beispiel dem Bundespräsidenten Joachim Gauck, dem US-amerikanischen Botschafter John B. Emerson, dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Thomas Oppermann und Ex-Bundestagspräsident Wolfgang Thierse.



Katarina Barley und Sophia Bucher im Berliner Abgeordnetenbüro

Es war nicht immer einfach bei den vielen Terminen den unterschiedlichen Diskussionen zu folgen. Aber es war eine lehrreiche Herausforderung. Ich kann jetzt viel besser nachvollziehen, wie der Deutsche Bundestag arbeitet. Mir ist klar geworden, dass der überwiegende Teil der Arbeit einer Abgeordneten nicht darin besteht, im Plenarsaal zu sitzen und sich Reden anzuhören, sondern dass die Arbeit hauptsächlich in Arbeitsgruppen, Ausschüssen und sonstigen Gremien erledigt wird.

Die Abgeordneten haben sich alle auf bestimmte Themen spezialisiert

und müssen hier ständig auf dem Laufenden bleiben und in ihren Fraktionen, mit den Spezialisten der anderen Parteien sowie anderen Experten diskutieren und so politische Positionen erarbeiten und für parlamentarische Mehrheiten werben.

Meine Erwartungen an das Praktikum wurden übertroffen. Dass ich so viel lernen würde, hatte ich – ehrlich gesagt – nicht erwartet. Ich werde dieses Jahr 18 Jahre alt und darf dann wählen.

Als ich wieder zu Hause war bin ich gleich ins örtliche SPD-Büro gegangen und Mitglied geworden.

einblick :: WICHTIGER HINWEIS IN EIGENER SACHE

Eingeschränkte Erreichbarkeit des Berliner Büros vom 15. bis 17. April 2014

Das Berliner Büro zieht am Mittwoch, dem 16. April 2014, von der Südseite auf die Nordseite des Paul-Löbe-Hauses. Nach diesem Umzug wird das gesamte Berliner Team seine Büros gemeinsam auf einem Flur haben. Monika Zeeb, Katarina Barleys Fraktionsmitarbeiterin für das Justizariat, komplettiert dann das Team. Fast die komplette Büroeinrichtung zieht mit. Computer und Telefone selbstverständlich auch. Der Ab- und Aufbau der Technik wird durch die Verwaltung des Deutschen Bundestages vorgenommen. Im Zeitraum vom 15. bis 17. April kann nicht sichergestellt werden, dass das Berliner Abgeordnetenbüro telefonisch, per Fax und/oder per E-Mail erreicht werden kann. In dringenden Fällen helfen Joachim Bell und Maria Dixius im Trierer Bürgerbüro gerne weiter.

4 :: Partei und Fraktion

Gegen eine Zersplitterung des Europaparlaments!

Das Bundesverfassungsgericht hat Ende Februar die Drei-Prozent-Hürde für die Wahl zum Europäischem Parlament einkassiert. Damit das Europäische Parlament nicht durch viele kleine europaskeptische und rechtspopulistische zersplittert wird, brauchen wir eine hohe Wahlbeteiligung und ein starkes Ergebnis für die SPD.

Im nächsten Europäischen Parlament hat Deutschland nicht mehr 99, sondern nur noch 96 Sitze. Um einen dieser Sitze zu erhalten, benötigt eine Partei bei der Wahl am 25. Mai ungefähr ein Prozent der gültigen Wählerstimmen. Diese faktische Hürde, die auch nach der Abschaffung der Drei-Prozent-Sperrklausel besteht, ergibt sich aus dem Verrechnungsverfahren für die Zuteilung der Sitze im Europäischen Parlament. Zum Vergleich: Da Luxemburg deutlich weniger Sitze zu verteilen hat, liegt diese faktische Hürde in unserem Nachbarland bei circa 16 Prozent.

Um die Zersplitterung des Europäischen Parlaments und den Einzug der Europa-Gegner zu verhindern, kommt es auf eine hohe Wahlbeteiligung und eine starke Sozialdemokratie an. Martin Schulz, derzeitiger Präsident des Europäischen Parlaments, ist der sozialdemokratische Spitzenkandidat in Europa. Mit seiner Begeisterung für die europäische Idee von Frieden, Wohlstand und Gerechtigkeit kann er mitreißen und viele Menschen anstecken.

Martin Schulz als Präsident der Europäischen Kommission und die SPD wollen dieses Europa sozialer gestalten. Steuergerechtigkeit ist dabei ein wichtiges Thema. Steuerhinterziehung muss verfolgt und bestraft werden. Steuerdumping muss verhindert werden.

Außerdem brauchen wir überall in Europa einen Mindestlohn. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort und die echte Gleichstellung von Männern und Frauen müssen weitere



Sitz des Europäischen Parlaments in Straßburg
Foto: European Parliament

Grundprinzipien in einem sozialen Europa sein.

Besorgniserregend ist die Jugendarbeitslosigkeit im Süden Europas. Sie beträgt in Griechenland 54,8 Prozent, in Portugal 36,5 Prozent und in

Spanien 57,4 Prozent. Viel zu viele gut ausgebildete junge Menschen stehen dort ohne Arbeit auf der Straße. Das dürfen wir nicht zulassen. Mit einer Jugendgarantie wollen wir sicherstellen, dass Jugendliche zukünftig innerhalb von vier Monaten nach Verlust einer Arbeit oder nach Abschluss ihrer Schule eine hochwertige Arbeitsstelle oder weiterführende Ausbildung erhalten.

Das sind wichtige und große Fragen, um die sich die Europäische Kommission und das Europäische Parlament kümmern müssen. Darauf gilt es die Kräfte zu konzentrieren. Als Vertreter der Bürgerinnen und Bürger und nicht der Regierungen weiß Martin Schulz, dass es nicht darum gehen darf in Europa die Krümmung von Bananen zu regulieren, sondern darum, für die Menschen in Europa Frieden, soziale Sicherheit und Wohlstand zu gewährleisten. Das hat er mehrfach betont. Ich vertraue ihm dabei.

Wer sich ein sozialeres und gerechteres Europa wünscht, das sich um die wichtigen Fragen unserer Zeit kümmert, muss am 25. Mai Martin Schulz als Kommissionpräsidenten und die SPD wählen!

Katarina Barley

Impressum

berliner einblick – 28.03.2014 – Hrsg. u. V.i.S.d.P.: Dr. Katarina Barley, MdB, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin – katarina.barley@bundestag.de – Redaktionsschluss: 27.03.2014